

Postulat Renggli André und Mit. über die Stärkung des Schutzes vor Hitze im Schulalltag

eröffnet am 29. Juni 2026

Der Regierungsrat wird aufgefordert, zu prüfen und dem Kantonsrat einen Vorschlag zu unterbreiten, wie den Gemeinden ermöglicht werden kann, bei ausserordentlicher Hitzebelastung an den Volksschulen auf eigene Initiative Hitzefrei beziehungsweise eine befristete Anpassung des Präsenzunterrichts anzuordnen.

Der Vorschlag soll aufzeigen,

1. welche rechtlichen Anpassungen nötig sind, damit Gemeinden und Schulen bei grosser Hitze rasch und eigenständig handeln können,
2. ob kantonale Mindestkriterien sinnvoll sind, beispielsweise aufgrund von Hitzewarnungen von Meteo Schweiz, Raumtemperaturen in Schulzimmern, der Dauer einer Hitzewelle oder der konkreten Situation in einzelnen Schulhäusern,
3. wie der Betreuungsauftrag der Volksschule auch bei Hitzefrei oder reduziertem Präsenzunterricht sichergestellt werden kann,
4. wie Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrpersonen und Tagesstrukturen frühzeitig und verlässlich informiert werden können,
5. welche Formen neben vollständigem Hitzefrei möglich sind, etwa früherer Unterrichtsbeginn, verkürzter Unterricht, Unterricht an kühleren Orten, Aufgaben für zuhause oder besondere Schutzmassnahmen für jüngere Kinder und vulnerable Personen.

Begründung:

Die Hitzebelastung an den Schulen nimmt zu. Aufgrund des Klimawandels werden Hitzeperioden häufiger, länger und intensiver. Dies stellt die Volksschulen zunehmend vor praktische und pädagogische Herausforderungen. Während einzelner Hitzetage können organisatorische Anpassungen oft noch mit einfachen Massnahmen aufgefangen werden. Wenn sich hohe Temperaturen jedoch über mehrere Tage oder Wochen hinziehen, stossen viele Schulen an Grenzen.

Viele Schulzimmer lassen sich nur ungenügend kühlen. Gerade ältere Schulhäuser verfügen nicht überall über geeignete bauliche Voraussetzungen, ausreichende Beschattung, wirksame Nachtauskühlung oder technische Möglichkeiten zur Temperaturreduktion. Hohe Raumtemperaturen erschweren die Konzentration, beeinträchtigen das Lernen und belasten Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen körperlich. Besonders jüngere Kinder reagieren sensibel auf Hitze.

Heute bestehen für die Schulen zwar gewisse Handlungsspielräume im Unterrichtsalltag. Eine klare kommunale Möglichkeit, bei ausserordentlicher Hitzebelastung eigenständig Hitzefrei

oder eine vergleichbare Anpassung des Präsenzunterrichts anzuordnen, fehlt jedoch. Die Gemeinden tragen im Volksschulbereich eine wichtige Verantwortung für Organisation, Infrastruktur und Schulbetrieb. Deshalb sollen sie auch die Möglichkeit erhalten, bei ausserordentlichen lokalen Hitzesituationen angemessen und rasch zu reagieren.

Dabei geht es nicht darum, den Unterricht leichtfertig ausfallen zu lassen. Vielmehr sollen Gemeinden und Schulen ein rechtlich klares Instrument erhalten, um Gesundheitsschutz, Lernqualität, Verlässlichkeit für Familien und den Betreuungsauftrag der Schule miteinander in Einklang zu bringen. Der Regierungsrat soll deshalb aufzeigen, wie eine solche Lösung für den Kanton Luzern zweckmässig, praxistauglich und verantwortungsvoll ausgestaltet werden kann.

Renggli André

Elmiger Elin, Bühler Milena, Schuler Josef, Meier Anja, Studhalter Irina, Estermann Rahel, Kützel Beatrix, Schnider-Schnider Gabriela, Käch Tobias, Rey Caroline, Bühler-Häfliger Sarah, Lichtsteiner Eva, Misticoni Fabrizio, Galbraith Sofia, Pilotto Maria, Engler Pia, Bolliger Roman